

GR. DI Georg TOPF

15.03.2007

A N F R A G E

Betr.: ÖBB – Infrastruktur Bau AG, ÖBB – Strecke Mogersdorf – Graz, km 245,8052 bis km 246,3510, Graz-Ostbahnhof, Errichtung einer Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas und Mineralöle

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vorerst möchte ich der Ordnung halber festhalten, dass für die im Betreff genannten Anlagen ein in Rechtskraft erwachsener eisenbahnrechtlicher Baugenehmigungsbescheid des LH von Steiermark, FA 18E, mit GZ: FA18E – 81.20 – 189/04-20 vom 21.12.2005 vorliegt, der mit Bescheid vom 28. November 2006 ergänzt wurde.

Bei einer Stadtteilversammlung im Bezirk Graz – Jakomini am 06.04.2006 hat die anrainende Bevölkerung große Befürchtungen und Sorgen insbesondere die Flüssiggasanlage betreffend geäußert, die Vertreter der Grazer Berufsfeuerwehr und der Feuerpolizei gehen ebenfalls von einem nicht unerheblichen Gefährdungspotential aus.

Mehrfach wurden in der Vergangenheit sowohl durch den Bezirksrat gemeinsam mit besorgten Bürgerinnen und Bürgern als auch hier im Gemeinderat Initiativen gesetzt, um einerseits nochmals auf die Gefahrenmomente durch die Flüssiggasanlage hinzuweisen und andererseits den konkreten Umsetzungsstand zu erkunden.

Daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

A n f r a g e:

Wie stellt sich derzeit hinsichtlich der gegenständlichen Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas der Sachverhalt sowohl in rechtlicher als auch fachlicher Sicht dar?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. März 2007

Gemeinderat: Johann Slamanig

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 19. Oktober 2006 hat der Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass mit den ÖBB, der Landesregierung und allen zuständigen Behörden sofort Verhandlungen aufgenommen werden, damit die geplante und bewilligte Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof an einen anderen Standort verlegt wird.

Seit damals gab und gibt es weiterhin Bauarbeiten beim Ostbahnhof. Die AnrainerInnen befürchten, dass die Bundesbahnen sich über ihre Versprechungen eines Baustopps hinwegsetzen und trotz aller Zugeständnisse, einen anderen Standort zu suchen, die Flüssiggasverladestation errichten.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Mit welchen Ergebnissen wurden die sofort eingeleiteten Verhandlungen des Vorjahres mit den ÖBB, der Landesregierung und den zuständigen Behörden abgeschlossen, bzw. welche Zwischenergebnisse gibt es für laufende Verhandlungen?



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

Betr.: Bürgermeisterempfang am 26. Februar 2007

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderätin Elke Edlinger
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Februar 2007 war zu entnehmen, dass für denselben Tag der "Katholische Familienverband Steiermark" und die sogenannte "Steirische Frauenbewegung", also die Frauenorganisation der ÖVP, in das Bildungszentrum Raiffeisenhof zu einer Veranstaltung mit den Vortragenden Eva Herman und Christa Meves eingeladen haben. Weiters wurde angekündigt, dass Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder und Kollegin Sissi Potzinger diese Veranstaltung einleiten würden. Und zu guter Letzt war der Zeitung zu entnehmen, dass der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl die Teilnehmerinnen abschließend zu einem Empfang einlädt.

Ohne jetzt auf die mehr als hinterfragenswerten Thesen der beiden Vortragenden eingehen zu wollen oder sich gar damit beschäftigen zu wollen, warum eine derartige Veranstaltung gar angeblich anlässlich des damals bevorstehenden Internationalen Frauentages durchgeführt wurde, interessiert hier jedoch sehr wohl die Tatsache, warum es für diese Veranstaltung einer Parteiorganisation einen Empfang des Grazer Bürgermeisters gegeben hat.

Um die diesbezüglichen Hintergründe erhellen zu können, stelle ich an Sie, werter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

wurde dieser Empfang aus Mitteln Ihres Ressorts finanziert oder hat die ÖVP diesen Empfang bezahlt?

Betrifft: Grünschnittverbrennung
in Wenisbuch durch Bezirksvorsteher



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Mündliche Anfrage

gemäß § der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Alexander Perissutti
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Erstaunen durften wir den Medien entnehmen, dass Sie auf die Drohung des Mariatroster Bezirksvorstehers Erwin Wurzinger hin, falls er keine eigene Grünschnittsammelstelle erhält, in Wenisbuch – also ein paar Hundert Meter außerhalb der Ortsgrenze von Graz – am Ostersonntag mit dem Grünschnitt aus Mariatrost ein Riesenfeuer zu entzünden, reagiert haben. Die Folge dieses bezirksvorsteherischen Aktionismus wäre ja auf der Hand gelegen: Damit hätte er halb Mariatrost eingeebelt.

Nun war natürlich erwartet worden, dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ihren Bezirksvorsteher, Parteifreund und Ex-Sekretär darauf hinweisen würden, dass es schlichtweg verantwortungslos wäre, diese zündende Idee umzusetzen, da seine Trotzreaktion ausschließlich zu Lasten der Mariatrosterinnen und Mariatroster und auf Kosten deren Gesundheit und Lebensqualität gegangen wäre. Man hätte erwartet, dass Sie ihn darauf hinweisen, dass es auch für einen Herrn Bezirksvorsteher Wurzinger keine Extrawürstl und keine eigene Grünschnittsammelstelle geben kann.

Aber nichts von alledem ist passiert, was man sich von einem Bürgermeister erwarten hätte dürfen, wenn ein Bezirksvorsteher eine derart possenhafte Reaktion ankündigt. Das, was von Ihrer Seite erfolgt ist – und das erstaunt nun doch sehr – war die Zusage, für „seine“ Grünschnittsammelstelle 1000 Euro aufzutreiben.

Nun könnte man das natürlich als Bezirksposse mit Kaisermühlen-Qualität abtun. Wenn da nicht ein durchaus Besorgnis erregender Kern wäre.

Ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eigentlich bewusst, dass die Ankündigung von Herrn Bezirksvorsteher Wurzinger, den Grünschnitt in Wenisbuch zu verbrennen, rechtlich mehr als nur bedenklich war? Denn abgesehen davon, dass ein solches Feuer dazu geeignet gewesen wäre, den angrenzenden Stadtbereich exorbitant mit Luftschadstoffen zu belasten, wären auch insgesamt alle bisherigen Bemühungen der Stadt Graz ad absurdum geführt worden und wäre die negative

Vorbildwirkung fatal gewesen. Wiewohl es schon merkwürdig anmutet, dass ein Bürgermeister einem solchen Treiben tatenlos zusieht, besser gesagt, sich bzw. den Bezirk Mariatrost davon mit 1000 Euro „freikauff“. Strafbar ist hingegen, und jetzt kommen wir auf den entscheidenden Punkt, das Verbrennen von Gartenabfällen in offensichtlicher – angekündigter - Entledigungsabsicht österreichweit seit Jahren bereits durch das „Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen“, BGBl. 405/1993 untersagt ist. Und erinnerlich ist ja, dass Herr Wurzinger nicht mit dem Brauchtum Osterfeuer, sondern mit der Entledigung des Grünschnittes argumentiert hat. Und das wird mit Verwaltungsstrafen bis zu 3630 Euro bedroht.

Vereinfacht gesagt: Der Mariatroster Bezirksvorsteher, VP-Bezirksparteiobmann von Mariatrost, Mitglied des OVP-Stadtparteivorstandes und Ex-Bürgermeister-Sekretär hat - streng genommen – schlicht und einfach mit einer Gesetzesübertretung gedroht; und erhält nun vom ÖVP-Bürgermeister eine 1000 Euro-Unterstützung. Wenn das Beispiel des „wilden Ostens“ Schule macht, kann sich diese Stadt auf einiges gefasst machen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie in Zusammenhang mit der Drohung des Mariatroster Bezirksvorstehers, am Ostersonntag in Wenisbuch eine Groß-Verbrennung von Grünschnitt vorzunehmen, vor Zusage einer 1000 Euro-Unterstützung

1. auf Herrn Wurzinger eingewirkt haben, von dieser unsinnigen Aktion von sich aus abzulassen, da dies allen Bemühungen der Stadt um Sanierung der Luftqualität zuwiderläuft und ausschließlich zu Lasten der Mariatroster Bevölkerung geht und
2. Herrn Wurzinger darauf hingewiesen haben, dass das Verbrennen von Gartenabfällen in offensichtlicher – angekündigter - Entledigungsabsicht österreichweit seit Jahren bereits durch das „Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen“, BGBl. 405/1993 untersagt ist?

Betrifft: Erhaltung des historischen
Ortskerns von Straßgang



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Mündliche Anfrage

gemäß § der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Dr. Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. März 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Volksbank Graz-Bruck plant trotz eines negativen Gutachtens der Altstadtsachverständigenkommission das Haus Kärntner Straße 418 abzureißen. Bei diesem Gebäude handelt es sich um das ehemalige Gasthaus Schwarz, das gemeinsam mit der Kirche und dem Pfarrhaus den ursprünglichen, historischen Ortskern von Straßgang bildet. Dieser Ortskern befindet sich in einer Altstadt-Schutzzone, und diese Schutz-zonen sind ein Teil des Weltkulturerbes „Altstadt Graz“.

Mit dem Abriss dieses rund 300 Jahre alten Gebäudes würde auch ein wesentliches Stück Grazer Geschichte unwiederbringlich vernichtet werden; weshalb sich nicht nur der Bezirksvorsteher Mag. Gerald Haßler namens des Bezirkrates an die Volksbank Graz-Bruck gewandt und diese um Erhalt zumindest der Fassade ersucht hat – auch eine BürgerInneninitiative hat mittlerweile eine Unterschriftenaktion gestartet.

Die Reaktion der Volksbank Graz-Bruck war aber bisher wenig befriedigend. Zwar wird in einem Schreiben grundsätzlich bestätigt, dass ein Erhalt der Substanz natürlich möglich wäre – allerdings würden die Sanierungskosten ein „über das Wirtschaftliche hinausgehende Maß erreichen“. Denn eine bauliche Integration des Altbestandes in den geplanten Neubau wäre auf Grund von Niveauunterschieden nicht „sinnvoll möglich“, und außerdem käme das Haus freistehend besser zur Geltung.

Die Conclusio, und ich zitiere jetzt aus dem Volksbank-Schreiben an Herrn Bezirksvorsteher Haßler: „Da Ihnen und der Bürgerinitiative „pro-Straßgang“ der Verbleib dieser Gebäudesubstanz sehr wichtig erscheint, ist es nahe liegend, dass auch Sie entsprechende Schritte unternehmen, um den Verbleib der Altsubstanz zu sichern. Wir stellen uns vor, dass Sie mit Ihrer Bezirksorganisation zu einem bevorzugten Mietpreis von € 8,-/m² zuzügl. USt und BK den Altbestand im sanierten Zustand (Nutzfläche 160 m²) anmieten. Wir setzen voraus, dass Sie auch bereit sind, einen entsprechenden Kündigungsverzicht abzugeben und eine übliche Kautionsleistung zu leisten.“

Und weiter: „Das Haus wird Ihnen saniert übergeben, wobei etwaig notwendige Innenausstattung und baulich notwendige Umgestaltungen im Innenbereich von Ihnen als Mieter zu tragen sind.“ Datiert ist das Schreiben mit 1. März – dieses „Angebot unter Anführungszeichen“ gilt bis spätestens 15. März.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
ich erspare Ihnen und mir einen Kommentar zu diesem doch sehr eigenartigen Vorgehen der Volksbank Graz-Bruck. Einerseits wird zwar bestätigt, dass dieses historische Gebäude natürlich erhalten bleiben könnte, ja, die Volksbank spricht sogar davon, dass es freistehend noch besser zur Geltung käme – um aber andererseits zu signalisieren, dass ihr eigentlich das Objekt egal ist: Denn nur wenn der Bezirksrat oder die BürgerInneninitiative zu knallharten Konditionen zur Anmietung bereit wären, kann das 300 Jahre alte Haus gerettet werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Besonders groß scheint das Engagement der Bank für den Erhalt des Gebäudes nicht zu sein; und dass man - statt die eigene Immobilienabteilung darauf anzusetzen, ob und wie das Gebäude weiterverwendet werden kann - einzig und allein Bezirksrat und Bürgerinitiative damit befassen will, spricht auch nicht gerade für das Interesse der Bank für den Erhalt eines Gebäudes. Und das, ich betone dies nochmals, trotz eines negativen Gutachtens der Altstadt-sachverständigenkommission, da mit dem Abriss unwiederbringlich der historische Ortskern und damit ein Stück Straßganger Geschichte zerstört würde.

Und ich bin auch davon überzeugt, dass bei einigermaßen gutem Willen das Gebäude gerettet werden könnte – allein schon zu sehen, dass es auch seitens der Volksbank ein wirkliches Bemühen darum gebe, wäre ein erstes Zeichen auch für den Bezirk Straßgang, dessen Bezirksrat sich in dieser Angelegenheit bekanntlich ja auch bereits an Sie um Unterstützung gewandt hat.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, mit der Volksbank Graz-Bruck ein Gespräch zu führen, um diese auf die Bedeutung dieses Objekts für Straßgang aufmerksam zu machen und auf sie einzuwirken, nach ernsthafteren Möglichkeiten für die Rettung des Gebäudes Ausschau zu halten als es nur der Bezirksvorstehung und der BürgerInneninitiative zur Anmietung anzubieten.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. März 2007

Gemeinderätin: Kirsten Felbinger

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Verbesserungen bei Rezeptgebühr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Beim Kauf eines ärztlich verschriebenen Medikamentes ist die sogenannte Rezeptgebühr zu bezahlen. Personen, die einen überdurchschnittlichen Aufwand für Krankheiten und Gebrechen haben (€ 832,9 Alleinstehend; 1254,81 € Ehepaare) oder Personen die wegen sozialer Schutzbedürftigkeit (Alleinstehend € 726; Ehepaare € 1091,14) eingestuft werden, können um die Befreiung dieser Rezeptgebühr ansuchen.

Unserer Meinung nach sind diese Grenzen zu niedrig. Vor allem PensionistInnen, die knapp über dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegen, sind derzeit durch die hohe Rezeptgebühr, die jährlich erhöht wird, belastet. Die Begrenzung der Arzneimittelkosten auf 2 % des Einkommens, welche im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP angekündigt wird, kommt frühestens im Jahr 2008, wenn sie nicht an technischen und Datenschutzproblemen scheitert. Deshalb treten wir dafür ein, diese Grenze weiter anzuheben.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Einkommensgrenzen für Rezeptgebührenbefreiungen auf ein höheres Niveau angehoben werden, um die Betroffenen in diesem Bereich finanziell zu entlasten?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. März 2007

Gemeinderat: Klubobmann Sepp Schmalhardt

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Betonwerk Viertl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am Mühlfelderweg 30 in Strassgang befindet sich das Betonwerk Viertl, welches bisher als Ziegelwerk tätig war. Der Betrieb wurde vor kurzem aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Auf dem Betriebsgelände lagern Baumaterialien, Bauschutt, Geräte und ähnliches. Die Lagerung dieser Materialien und der Zustand des Betriebsgeländes lassen zu wünschen übrig. Weiters werden die Betriebshallen umgebaut und anscheinend einer neuen Nutzung zugeführt.

Im Jahr 2004 wurde von der Firma Viertl auf diesem Betriebsareal ohne entsprechende behördliche Genehmigung eine Betonmischanlage errichtet und in Betrieb genommen. Dieser konsenslos errichtete Betrieb wurde noch im selben Jahr durch den unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) eingestellt.

Nachträglich wurden eine Firmenneugründung durchgeführt und die notwendigen Gewerbe- und Bauverfahren eingereicht. Die erste gewerberechtliche Verhandlung findet am 21. 3. 2007 statt.

Die Befürchtungen der Anrainer richten sich nicht nur auf die Lärm- und Staubentwicklung sondern insbesondere auf den zusätzlichen Schwerverkehr von zirka 100 täglichen Fahrten von Schotter- und Betonmischfahrzeugen.

Aus Sicht der Anrainer ist der Mühlfelderweg für diesen Schwerverkehr nicht geeignet. Eine neue Zufahrt über das angrenzende Industriegebiet von der Neuseiersbergerstraße wäre anzustreben

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, folgenden Anliegen der Anrainer nachzugehen:

1. Überprüfung der jetzigen Zufahrt Mühlfelderweg hinsichtlich der ausreichenden Kapazität.
2. Errichtung eines Geh- und Radweges im nördlichen Bereich des Mühlfelderweges (Die Grundstücke sind bereits abgetreten).
3. Schaffung einer neuen Betriebszufahrt mit Unterstützung der Stadt Graz.
4. Bau- und gewerberechtliche Überprüfung des bisherigen Firmenareals der Firma Viertel hinsichtlich der zukünftigen Nutzung und der derzeit durchgeführten Umbauarbeiten.

**Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl,
eingebracht von GRin Christina Jahn in der
Gemeinderatssitzung vom 15.3.2007**

Betrifft: Bio- und gentechnikfreie Buffets bei Bürgermeister-Empfängen

Anlässlich des ORF-Schwerpunkts zur Ernährung möchten wir Grüne wieder einmal auf das Thema der biologischen und gentechnikfreien Lebensmittel in der öffentlichen Verwaltung hinweisen. Dass biologische Lebensmittel nicht nur besser schmecken, anstelle von unerwünschten chemischen Rückständen oder Zusatzstoffen einen höheren Gehalt an wertvollen Inhaltsstoffen (ZB Vitamine, Spurenelemente etc.) enthalten und daher wesentlich gesünder sind, ist mittlerweile wohl hinlänglich bekannt. Dass ökologischer Landbau auch ein aktiver Beitrag zu Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz (durch angepasste Fruchtfolgen und Kreislaufwirtschaft) darstellt und generell den Natur- und Klimaschutz fördert, ist ebenfalls eine Tatsache. Auch die Stadt Graz leistet mittlerweile durch die Anhebung des Bioanteils (30%) in der Grazer Zentralküche einen Beitrag zur biologischen Ernährung durch die Versorgung mit Mahlzeiten in Grazer Kindergärten, Krankenhäusern, SeniorInnenheimen etc.

Mehrmals haben wir Sie, Herr Bürgermeister bereits auf die von Ihnen ausgerichteten Buffets im Rathaus angesprochen, die über weite Strecken nicht mit biologischen Lebensmitteln ausgerichtet sind. Hierbei waren uns vor allem jene (immer noch vorhandenen) „Wurstbrotbuffets“ für Kinder und Jugendliche (oder z.B. auch der Weihnachtsempfang nach der GR-Sitzung) ein besonderer Dorn im Auge. Daher meine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister,

Was haben Sie mittlerweile unternommen, um die von Ihnen ausgerichteten bzw. gesponserten Buffets zur Gänze auf biologische und gentechnikfreie Produkte umzustellen?

**Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl,
eingebracht von GRin Christina Jahn in der
Gemeinderatssitzung vom 15.3.2007**

Betrifft: Studierendenermäßigung Verbund

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Mehrmals haben wir Grüne im Gemeinderat bereits darauf hingewiesen, dass die Koppelung der Studierendenkarte an den Bezug der Familienbeihilfe vielen Studierenden trotz ordentlichen Studienverlaufs die Möglichkeit der verbilligten ÖV Nutzung unmöglich macht. Nach positiven Gesprächen zwischen Studierendenvertretern aller Grazer Universitäten und dem Steirischen Verkehrsverbund zeigt sich der Verbund hier durchaus bereit, Modifizierungen vorzunehmen. Dabei ist nicht nur an die Entkoppelung vom Bezug der Familienbeihilfe gedacht, die nebenbei auch sämtliche EU-Studierende in Graz von der Ermäßigung ausschließt und Eu-rechtlich im Sinne der Gleichstellung bedenklich ist. Zudem ist auch eine Flexibilisierung der Bezugszeiten oder die Idee der Koppelung einer Ermäßigung an den Hauptwohnsitz (durch eine zusätzliche Förderung der jeweiligen Gemeinde) angedacht. Die Kompetenz der Zugangskriterien für die Studierendenermäßigung liegt dabei in den Bundesländern und deren Landeshaupt- bzw. Universitätsstädten. So ist die Ermäßigung in Linz z.B. nur an den Hauptwohnsitz gebunden, in Wien gibt es Ermäßigungen für den Hauptwohnsitz und/oder den Bezug der Familienbeihilfe.

Ein seitens der Studierendenvertretung geführtes Gespräch mit Verkehrslandesrätin Edlinger Ploder diesbezüglich verlief leider weniger positiv.

Daher meine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister,

Sind Sie bereit in ihrer Funktion als Bürgermeister der Universitätsstadt Graz Verhandlungen mit dem Land Steiermark, dem Bund und dem Verkehrsverbund zu führen, um analog zu den Regelungen in Wien eine Studierendenermäßigung beim Verkehrsverbund an den Hauptwohnsitz zu koppeln bzw. diese von der Familienbeihilfe zu entkoppeln?

**Anfrage an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
eingebracht in der GR-Sitzung am 15. 3. 07
von GR. Hermann Candussi**

Betrifft: Bebauungspläne zum Schutz der Innenhöfe und Vorgärten

Nach umfangreichen, ausführlichen und gründlichen Diskussionen wurde mit dem letzten Flächenwidmungsplan 3.0 auch ein Deckplan mit der Baulandzonierung beschlossen. Vor allem die Gründerzeitviertel sind in diesem Deckplan 1 als Zone mit Bebauungsplanpflicht ausgewiesen.

Trotz der Klarheit der Plan-Darstellung hat es schon öfter Unklarheiten gegeben, vor allem wegen den Ausnahmen für „Zubauten“ und „Baulücken“.

Vor einigen Tagen fand wieder einmal eine Bauverhandlung in einem Gründerzeitviertel (mit Bebauungsplanpflicht gemäß Deckplan 1) statt, (Bereich Brockmannngasse 44, Bauwerber DI. Josef und Alexander Pongratz), jedoch ohne vorherige Erstellung eines Bebauungsplanes.

Wie ist dies möglich?

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Von welcher Magistratsabteilung wird das Erfordernis eines Bebauungsplanes geprüft;

1. welche Magistratsabteilung bestimmt das Zutreffen einer Ausnahmeregelung von der Bebauungsplanpflicht (gemäß § 4 Flächenwidmungsplan-Verordnungstext) für Zubauten und Baulücken;
2. wurden anlässlich früherer Versäumnisse (Borromäumgasse, etc.) amtsintern Schlussfolgerungen getroffen, damit ein rechtswidriges Vorgehen in Zukunft weitgehend vermieden werden kann
3. wer hat im Anlassfall der Bauverhandlung am 7. 3. 2007 den Wegfall der Bebauungsplanpflicht bestimmt;
4. wieviel Parzellen umfasst die Baulücke, die mit diesem Bauvorhaben geschlossen werden soll;
5. werden Sie sich dafür einsetzen, dass beim vorliegenden Bauprojekt noch vor Rechtskraft des Baubescheides ein Bebauungsplan erstellt und rechtskräftig wird;
6. werden Sie weitere Maßnahmen setzen, damit ähnliche Versäumnisse in Zukunft weitgehend ausgeschlossen werden können
7. bzw. welche Maßnahmen werden Sie setzen ?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 15. März 2007

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Unterstand bei GVB-Haltestelle Schippingerstraße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Augasse befindet sich die Haltestelle Schippingerstraße der Buslinie 67 in Fahrtrichtung stadteinwärts.

In unmittelbarer Nähe befinden sich eine Volksschule und Kindereinrichtungen. Darüber hinaus gibt es dort eine Heimgartenanlage, deren Besitzer meist ältere Personen sind, von denen viele den GVB-Bus benutzen. Außerdem gibt es in der Nähe auch die große Au-Siedlung.

Derzeit sind die Fahrgäste an dieser Haltestelle bei Regenwetter nicht geschützt. Deshalb wäre es wünschens- und empfehlenswert, sie mit einem Unterstand zu versehen, damit die Leute nicht im Regen stehen müssen.

Mit dieser Anfrage soll auch der Bezirksrat Gösting unterstützt werden, der bereits einen einstimmig beschlossenen Antrag für die Errichtung eines Wartehäuschens bei dieser Haltestellung gestellt hat.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Fahrgäste, welche die GVB-Haltestelle Schippingerstraße benutzen, nicht mehr lange im Regen stehen müssen?

Gemeinderätin
Dr. Andrea Sickl

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 13. März 2007

Betr.: Lärm im Universitätsviertel; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nach wie vor werden die Anrainerinnen und Anrainer des Universitätsviertels vom nächtlichen 'Partylärm' geplagt. Natürlich sind nicht alle Lokalbesucher rücksichtslose 'Rabauken', die absichtlich durch Grölen, Schreien und Herumbrüllen den Bewohnern die Nachtruhe rauben. Jeder von uns weiß, dass man in ausgelassener Stimmung leicht seine Umgebung vergessen kann und so gar nicht absichtlich aber dennoch andere durch Lachen und Herumalbern in ihrer Ruhe stört.

Vor einem Jahr etwa habe ich vorgeschlagen, das sogenannte Projekt 'OLGA – Ohne Lärm Geht's Auch' im Universitätsviertel zu testen. Leider wurde dieser Vorschlag von der Stadt Graz nicht aufgegriffen, ähnliches aber wird, wie ich gelesen habe nun in einigen Schulen als Pilotversuch umgesetzt. Lärmampeln, die Alarm schlagen wenn es zu laut ist werden in 50 steirischen Schulen getestet. Wird der Geräuschpegel zu hoch, dann schaltet die Lärmampel auf Rot.

Ich könnte mir vorstellen, dass solche Lärmampeln an überlegten Punkten durchaus auch im Universitätsviertel Sinn machen würden. Betrunkene oder rücksichtslose 'Lärmerzeuger' werden sich dadurch zwar nicht beeindrucken lassen, aber man könnte Ihnen anschaulich vor Augen führen, wie störend ihr Verhalten ist und jene, die unbeabsichtigt Lärm verursachen könnten auf diese Weise darauf aufmerksam gemacht werden, dass es an der Zeit wäre sich etwas zurücknehmen und mehr Rücksicht auf die Bewohner zu nehmen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind durch das Umweltamt prüfen zu lassen, ob ein Lärmpegelmessgerät, das mit einer akustischen Anzeige versehen ist, sei es nun die oben erwähnte 'OLGA' oder auch die in steirischen Schulen derzeit getestete Lärmampel, installiert werden könnte?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Mittwoch, 14. März 2007

Betreff: Jugend und Alkohol; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Kaum eine Woche vergeht, in der nicht in den Medien in irgendeiner Form über Alkohol und Jugendliche berichtet wird. Das ist auch gut so, denn nur durch ständiges Aufzeigen kann es gelingen der Verharmlosung des Suchtmittels Alkohol ein Ende zu bereiten. Umfragen wonach bis zu 27 Prozent der Jugendlichen manchmal so viel trinken bis sie umfallen, Elfjährige mit Blutalkoholwerten bis zu drei Promille, regelmäßig bis zu vier Kinder pro Wochenende in der Kinderklinik sind ernste Warnsignale, sind Aufforderung genug, dass reagiert werden muss.

Die Lebensmittelkette SPAR hat bereits reagiert und verschärft die Ausweiskontrollen mittels eines neuen Kassensystems, das ein Warnsignal ertönen lässt, wenn Alkoholika über den Scanner bei der Kasse gezogen werden. Das ist ein wichtiger Schritt, denn das 'Aufschreien' der Kasse wird wie das sprichwörtliche Zeigen mit dem Finger wirken. So sehr ich dieses neue System begrüße kann es doch nur als Unterstützung gesehen werden. Wir alle sind gefordert Aufzuschreien, sind gefordert der Verharmlosung entgegenzuwirken.

Gerade Kommunalpolitiker haben die Aufgabe massiv gegen den Alkoholkonsum der Jugendlichen vorzugehen. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Graz tätig wird. Wir können uns nicht nur auf Lebensmittelketten, private Vereine und Initiativen engagierter Einzelpersonen verlassen, sondern müssen sozusagen 'von Amts wegen' gegen den Alkoholkonsum der Grazer Kinder vorgehen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob sie bereit sind von den zuständigen Magistratsdienststellen, eventuell unter Einbeziehung von Experten, ein Konzept ausarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen zu lassen, dass ein aktives Tätigwerden der Stadt Graz gegen den Alkoholkonsum Jugendlicher ermöglicht?